

Heimo Halbrainer

## **Der Weg in den Bürgerkrieg in Österreich - der 12. Februar 1934 in der Steiermark**

Kaum ein Ereignis in der jüngeren Geschichte Österreichs hat die Menschen mehr entzweit als die Kämpfe um den 12. Februar 1934. Österreicher haben auf Österreicher geschossen. Obwohl bereits 70 Jahre vergangen sind und von den an den Kämpfen Beteiligten nur noch wenige leben, bestimmen die damaligen Ereignisse noch immer das Selbstverständnis und die Identität der beiden großen Parteien (SPÖ und ÖVP) gegenüber ihren Vorgängerparteien. Für uns Nachgeborene stellt sich heute die Frage, wie es dazu kam, dass Steirer auf Steirer geschossen haben. Will man den Gründen auf die Spur kommen, so müssen wir einen Blick zurück in die 20-er und 30-er Jahre des 20. Jahrhunderts werfen.

### **Vorgeschichte**

In Österreich standen sich nach dem Untergang der Monarchie zwei annähernd gleich starke politische Blöcke gegenüber, die über militärisch organisierte Formationen (den Republikanischen Schutzbund bzw. die Heimwehren) verfügten. Während die konservativ-reaktionären Kräfte, die sich auf die Bevölkerungsmehrheit stützen konnten, der demokratischen Republik von Anfang an skeptisch bzw. ablehnend gegenübergestanden sind, haben die progressiven bis auf die Zeit zwischen 1918 und 1920 auf Bundesebene keinen Einfluss auf die Entwicklung des Gemeinwesens ausgeübt. Für sie war zudem der demokratische Gestaltungsraum, der in der revolutionären Stimmung 1918/20 erkämpft worden war, nur ein Vehikel auf den Weg zu ihrem Ziel, dem Sozialismus.

Diese beiden Lager hatten am Beginn der Ersten Republik (1918 bis 1920) im Rahmen einer Koalitionsregierung eine Reihe von politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Maßnahmen gesetzt. Dadurch hat die Sozialdemokratie den linksrevolutionären Kräften in Österreich den Wind aus den Segeln genommen, die wie in Rußland, Bayern bzw. Ungarn auf die Errichtung einer Räteregierung drängten. Bald nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung 1920 wurden diese Errungenschaften nur mehr als „revolutionärer Schutt“ bezeichnet, den man wegräumen müsse. Der politische Kampf um diese Errungenschaften führte letztlich zu jener Unüberbrückbarkeit der politischen Gegensätze, die Ende der 20-er Jahre vor allem auf der Straße eine Fortsetzung fand. Besondere Sprengkraft kam dabei den bewaffneten Privatarmeen, den Heimwehren auf der bürgerlichen Seite und dem sozialdemokratischen Republikanischen Schutzbund zu. Die Heimwehr forderte immer stürmischer eine radikale Umgestaltung des Staatswesens im Sinne einer autoritären berufsständischen Ordnung. Die geistige Grundlage dafür bot ihnen ihr Theoretiker Othmar Spann, der in seinem Werk „Der wahre Staat“ eine an den mittelalterlichen Zünften orientierte Gesellschaftsordnung entworfen hatte. Der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital könne so überwunden werden, dass Unternehmer und Arbeiter einzelner Wirtschaftszweige (Berufsgruppen und Stände) in gemeinsamen Institutionen den Interessenausgleich vornehmen. Bei Nichteinigung habe der Staat autoritär zu entscheiden. Im „Korneuburger Eid“ der Heimwehren 1930 fanden Spanns Theorien ihren Niederschlag, indem sie die Liquidierung der republikanischen Verfassung von 1920 forderten und die drei demokratischen rechtsstaatlichen Gewalten Legislative, Exekutive und Rechtssprechung durch den „Gottglauben“, den „eigenen harten Willen“ und das „Wort (ihrer) Führer“ ersetzen wollten.

Der Republikanische Schutzbund war aus den Arbeiter- und Soldatenräten der unmittelbaren Nachkriegszeit hervorgegangen. 1923 gegründet, stand er – im Unterschied zu den Heimwehren – auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie und sollte – wie es auch im Namen zum Ausdruck kam – die Republik und die demokratischen Prinzipien verteidigen.

Durch die politischen und wirtschaftlichen Krisen am Ende der 20-er Jahre sollte die Situation letztlich eskalieren und der Weg führte vom latenten Bürgerkrieg in den Februar 1934 und in die Diktatur.

Wirtschaftlich fatal war der Börsenkrach des Jahres 1929 in den USA, der Anfang der Dreißigerjahre auch Österreich erfasste und deren erstes Opfer die „Allgemeine Österreichische Bodencreditanstalt“ war, ehe 1931 die größte Bank Österreichs, die „Creditanstalt für Handel und Gewerbe“, die Herr über einen Großteil der österreichischen Industrie war, folgte. Das zur Sanierung der Bank vergrößerte Budgetdefizit sollte in den Griff bekommen werden, was in erster Linie die Staatsangestellten, u.a. die Eisenbahner, traf, deren Gehälter gekürzt und ab März 1933 nur noch in drei Raten pro Monat ausbezahlt werden sollten. Daraufhin streikten die Eisenbahner, die Regierung Dollfuß erklärte den Streik für illegal und durchbrach ihn mit Polizeieinsatz; Entlassungen und Lohnkürzungen folgten. Das Nachspiel dieses Streiks war dann auch das Vorspiel zur Ausschaltung der Demokratie in Österreich. Es kam zu der berühmten Parlamentsitzung am 4. März 1933, bei der es auf Grund eines Formfehlers zur ungeordneten Auflösung des Parlaments kam. Dollfuß nahm dies zum Anlass, das Parlament auszuschalten, dessen erneutes Zusammentreffen er am 15. März mit Polizeigewalt zu verhindern wusste. Dass die Sozialdemokratie keinen Widerstand gegen diese Demontage der Demokratie leistete, war – wie auch der Führer der Sozialdemokratischen Partei Otto Bauer nach den Februarkämpfen feststellte – einer der Hauptfehler der Partei im Zusammenhang mit der Vorgeschichte der Februarereignisse. Die scheinbarweise Beseitigung der Demokratie in Österreich begann. Dollfuß regierte mit Hilfe eines in den letzten Kriegstagen der Habsburgermonarchie erlassenen Gesetzes, dem „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz“. Eine Liste von Notverordnungen veränderte in den folgenden Monaten das politische Kräfteverhältnis in Österreich in Richtung autoritären Ständestaat.

Die Innenpolitik war schon seit Anfang der Dreißigerjahre von einer zunehmenden Radikalisierung gekennzeichnet. Eine innenpolitisch schwache Regierung - vier Regierungen zwischen September 1930 und Mai 1932 -, die im Parlament zudem nur eine Stimme mehr als die Opposition hinter sich wusste, sah sich einerseits von einer starken Sozialdemokratie, die bei den Nationalratswahlen 1930 erstmals seit 1919 mit 41% der Stimmen wieder zur stimmenstärksten Partei geworden war, andererseits aber vor allem von antirepublikanischen und antidemokratischen Parteien der Rechten herausgefordert: Die Heimwehren verkündeten im Mai 1930 ihren „Korneuburger Eid“, worin sie dem Parlamentarismus den Kampf ansagten und sich offen zum Faschismus bekannten. Ein Jahr später unternahm der Judenburger Advokat und Heimwehrführer Walter Pfrimer einen Putschversuch. Schließlich konnten die Nationalsozialisten bei den Gemeinde- und Landtagswahlen 1932 einen Stimmengewinn vor allem auf Kosten der Regierungsparteien verzeichnen.

Die immer rascher wechselnden Regierungen sahen sich aber nicht nur diesem Druck von innen ausgesetzt. Seit der Machtergreifung Hitlers in Deutschland 1933 war Österreich von faschistischen Staaten umgeben. In dieser Situation, in der es um die Republik Österreich ging, hätte es eines historischen Kompromisses zwischen der Regierung und der Opposition bedurft. Statt dessen sah Dollfuß sein Heil in einer Anlehnung an das faschistische Italien, das seinen Einfluss auf die Ausschaltung der Demokratie und die Zerschlagung der Arbeiterbewegung geltend machte.

Nach der Ausschaltung des Parlaments stärkte Dollfuß jene Kräfte in der Regierung, die zwei Jahre zuvor gegen diese geputscht hatten. Emil Fey, der Landesführer des Wiener Heimatschutzes, wurde im Mai 1933 Minister für das Sicherheitswesen, wodurch die Heimwehr ab diesem Zeitpunkt mehr oder weniger als „Hilfspolizei“ fungierte. Daneben wurde eine Reihe von Arbeiterorganisationen verboten und die demokratischen Rechte

eingeschränkt: der Republikanische Schutzbund, die KPÖ, der Freidenkerbund, der Verband Sozialistischer Mittelschüler, die 1.Mai und Republikfeiern wurden verboten, das Versammlungs- und Streikrecht wurde eingeschränkt, der Verfassungsgerichtshof lahmgelegt, die Todesstrafe wieder eingeführt, die Eisenbahner zum Beitritt in die „Vaterländische Front“ gezwungen, die Arbeitslosenunterstützung gekürzt und die Sonn- und Feiertagsruhe z.T. wieder aufgehoben. Am 11. September erklärte Dollfuß in seiner programmatischen Trabrennplatzrede sein Ziel: Die Errichtung eines „sozialen, christlichen, deutschen Staates Österreich auf ständischer Grundlage, unter starker autoritärer Führung!“

Diese zunehmende Entrechtung der Arbeiterbewegung und der Arbeiter sowie die Zurückhaltung der Sozialdemokratie, die bis zuletzt mit der Regierung verhandeln wollte und auch zu großen Zugeständnissen bereit war, hatte zur Folge, dass sich viele Sozialdemokraten aus dem Parteileben zurückzogen, andere sich den Kommunisten oder den Nationalsozialisten anschlossen. Ein großer Teil der Jungen gruppierte sich um die linke Opposition innerhalb der Sozialdemokratie - um die „Jungfront“. Diese kritisierte, dass die Führung die Dynamik des Handelns der Regierung überlasse und drängte - immer das Bild der deutschen GenossInnen vor Augen - zum Widerstandskampf gegen den Faschismus.

Der Auslöser für die Kämpfe am 12. Februar 1934 war daher auch symptomatisch für das Verhältnis innerhalb der Sozialdemokratie: ein verzweifelter Versuch des Nicht-mehr-stillhalten-Wollens der Linken, ein eigenmächtiger Akt des Linzer Schutzbundführers Richard Bernaschek, gegen den ausdrücklichen Befehl Otto Bauers in der Nacht vom 11. auf den 12. Februar 1934. Erst im nachhinein, als die Kämpfe - ausgelöst durch den Widerstand gegen eine Waffensuche im „Hotel Schiff“, dem Lokal des Linzer Schutzbundes - schon im Gange waren, proklamierte der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei und der Bundesvorstand der Freien Gewerkschaften den Generalstreik.

### **Die Kämpfe in der Steiermark**

Nachdem am Morgen in Linz die Kämpfe begonnen hatten und die Nachricht auch nach Graz gelangt war, wurden von beiden Seiten - dem Landesgendarmeriekommando und der Sozialdemokratie - Vorbereitungen getroffen. So gab das Landesgendarmeriekommando Befehl, alle prominenten Persönlichkeiten der Sozialdemokratie und des Schutzbundes zu verhaften und die Lokale und Wohnungen zu durchsuchen. Daneben kam es zu einer Indienststellung der vaterländischen Verbände als freiwillige Schutzkorps sowie deren Bewaffnung. Die wichtigsten Brücken und Zufahrtsstraßen wurden besetzt. Um die Mittagszeit erschien die letzte Ausgabe der Zeitung „Arbeiterwillen“ mit der für Österreich einmaligen Ankündigung: „Alarm. Alles heraus zum Endkampf gegen den Faschismus! Generalstreik in ganz Österreich ausgerufen!“

In der Folge kam es in der Steiermark in verschiedenen Industrieorten zu Kämpfen: am heftigsten waren diese in den Tagen zwischen dem 12. und dem 15. Februar in Bruck an der Mur, Kapfenberg, Leoben, Graz, Gösting und Eggenberg. Zu kleineren Auseinandersetzungen kam es auch noch in Fohnsdorf, Judenburg, Knittelfeld, St. Michael, Voitsberg/Köflach und Weiz.

Obwohl die Arbeiter von Anbeginn an einer Übermacht aus Gendarmerie, Polizei und Heimwehren gegenüberstanden, wurde der Kampf erst durch den Einsatz von Artillerie gegen die Gemeindehäuser, Betriebe und Parteilokale zugunsten der Regierung entschieden. Der erhoffte Generalstreik in Österreich war ausgeblieben. Zwar setzten in vielen Industrieorten der Steiermark die Arbeiter die Stromversorgung außer Kraft und brachten den Verkehr zum Erliegen, doch war dies nur punktuell. Zudem kam noch, dass der Republikanische Schutzbund und Teile der Führung der Sozialdemokratie zum Teil bereits vor bzw. blitzartig am Beginn der Kämpfe verhaftet worden waren, sodass große Teile ohne Führung waren und vergebens auf Weisungen und Informationen warteten.

Da der Schutzbund immer defensiv orientiert war und mit Ausnahme von Bruck an der Mur offensive Handlungen in den Februartagen ausblieben, blieb der Exekutive genügend Zeit, die wichtigsten Punkte (Bahnhöfe, strategisch gelegene Plätze, etc.) zu besetzen.

Bereits unmittelbar nach Ausbruch der Kämpfe wurde am 12. Februar per Regierungsverordnung der Sozialdemokratischen Partei und ihren Organisationen jede Tätigkeit verboten. In der Folge kam es zur Auflösung sowie der Einziehung ihres Vermögens. Ebenfalls verboten wurden die Freien Gewerkschaften. Zur Abschreckung wurde am 12. Februar auch noch das Standrecht auf Aufruhr verhängt. Bis zum 21. Februar wurden acht Todesurteile gegen Februarkämpfer (u.a. gegen zwei Steirer, dem Arbeiterkammersekretär Josef Stanek und dem Nationalratsabgeordneten Koloman Wallisch) vollstreckt, wobei die Zahl der vor Ort exekutierten Schutzbündler unbekannt ist. In diesem Zusammenhang ist auch der Rachefeldzug der Regierung zu sehen, die in der Steiermark das Standrecht – im Unterschied zu anderen Bundesländern – nach Beendigung der Kämpfe nur deshalb so lange gelten ließ, damit Koloman Wallisch hingerichtet werden konnte. Nach Aufhebung des Standrechts wurden hunderte Steirer wegen ihrer Teilnahme an den Kämpfen von ordentlichen Strafgerichten verurteilt.

### **Folgen der Kämpfe**

Die Niederlage des 12. Februar 1934 leitete eine elf Jahre dauernde Illegalität und Verfolgung der Arbeiterbewegung ein. Innerhalb der Arbeiterbewegung kam es aber auch zu einer Umgruppierung: die Linken traten durchwegs der KPÖ bei; einige auch der NSDAP, die mit Losungen wie: „Die jüdischen Führer haben Euch im Stich gelassen. Kommt zu uns. Wir kämpfen für den Sozialismus“ warben. Andere zogen sich zurück, viele traten der wenig später gegründeten illegalen Nachfolgepartei der Sozialdemokratie - den Revolutionären Sozialisten - bei.

Das öffentliche Leben war in der Folge durch Gesinnungszwang und reaktionäres kulturpolitisches Klima bestimmt. So war im Staatsdienst die Mitgliedschaft bei der Vaterländischen Front - der Staatspartei - Voraussetzung für eine Anstellung. Die Kirche gewann an politischem Einfluss; der Austritt aus der Kirche hatte polizeiliche Ermittlungen zur Folge, Lehrerinnen durften nicht heiraten oder gar in „wilder Ehe“ leben.

Nach der Ausschaltung des politischen Gegners gab sich das selbst als „Ständestaat“ bezeichnende System am 1. Mai 1934 eine neue Verfassung. Damit wurde das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht auf allen Ebenen beseitigt, die Macht konzentrierte sich in den Händen der Exekutive. Der Bundespräsident sollte nicht mehr vom Volk, sondern von den Bürgermeistern gewählt werden. Sieben Berufsstände (Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr, Geld- und Versicherungswesen, Freie Berufe, Land- und Forstwirtschaft und Öffentlicher Dienst) sollten die Grundlage einer „Ständedemokratie“ sein. Weder dies noch der Versuch, die „Vaterländische Front“ als Massenpartei des Systems - ähnlich den Staatsparteien in den faschistischen Ländern Deutschland und Italien - zu etablieren, gelang. Das „austrofaschistische“ System konnte sich nur kurz über seinen militärischen Sieg über den politischen Gegner freuen. Bereits im Juli 1934 kam es zu einer schweren Krise, als die NSDAP in Österreich einen Putschversuch unternahm und dabei Bundeskanzler Dollfuß ermordete.

Das Verhältnis des austrofaschistischen Systems zu seinen Nachbarstaaten sollte in der Folge bestimmend für den weiteren Verlauf sein. Dollfuß und nach ihm Schuschnigg hatten ein Bündnis mit Italien und der ungarischen Horty-Diktatur abgeschlossen, das sie mit politischen und wirtschaftlichen Verträgen abgesichert hatten. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und die außenpolitische Isolation Italiens nach dem Abessinienfeldzug führten zu einer Annäherung an Deutschland. Im „Juli-Abkommen“ 1936 verpflichtete sich Schuschnigg, die

österreichische Außenpolitik mit der Deutschlands abzustimmen, inhaftierte Nationalsozialisten zu amnestieren und die „nationale Opposition“ an der politischen Verantwortung zu beteiligen. Dafür garantierte Hitler Österreich die Unabhängigkeit und hob die 1933 eingeführte 1000 Mark Sperre auf, die den österreichischen Fremdenverkehr massiv betroffen hatte. Nach dem Treffen zwischen Hitler und Schuschnigg in Berchtesgaden am 12. Februar 1938 mussten auch Nationalsozialisten in die Regierung aufgenommen werden. Nach diesem Treffen versuchten auf der anderen Seite die politischen Gegner von 1934 (Regierung und Sozialdemokratie) noch einmal über die Gräben des Februar 1934 hinweg gemeinsam gegen den drohenden nationalsozialistischen Einmarsch in Österreich aufzutreten. Die nach dem Berchtesgadener Treffen einsetzende antinationalsozialistische Mobilisierung, die von überwiegenden Teilen der Arbeiterschaft unterstützt wurde, wie auch die von Schuschnigg angekündigte Volksabstimmung über Österreichs Unabhängigkeit kamen jedoch zu spät. Schuschnigg war zudem nicht bereit, diese sich formierende Massenstimmung für eine Aktion gegen den „Anschluss“ zu nutzen. Daher verkündete er in seiner Rundfunkansprache am Abend des 11. März 1938, dass Österreich der Gewalt weiche, „weil wir um keinen Preis, auch in dieser ersten Stunde nicht, deutsches Blut zu vergießen gesonnen sind.“

#### **LITERATUR (allgemein und speziell zum Februar 1934 in der Steiermark)**

- Anzenberger Werner, Bruck an der Mur 1934. Eine Region im politischen Widerstand, Bruck an der Mur 1999
- Anzenberger Werner / Polaschek Martin, Widerstand für eine Demokratie. 12. Februar 1934, Graz 2004
- Carsten Francis L., Der Aufstieg des Faschismus in Europa, Frankfurt 1968
- Für Arbeit, Recht und Freiheit. Die steirische Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Faschismus (1918-1938), Graz 1984
- Garscha Winfried R. /Hans Hautmann, Februar 1934 in Österreich, Berlin 1984
- Halbrainer Heimo, Abenddämmerung der Demokratie – die letzten Jahre der Ersten Republik in Weiz, in: Ingo H. Kropac / Susanne Kropac (Hg.), Weiz. Impressionen einer Stadt, Weiz 2001, 119-125
- Köck Günter, Der 12. Februar 1934 in der Steiermark. Ursachen, Verlauf und Folgen der Februarereignisse. Phil.Diss. Graz 1985
- Köck Günter, Die gerichtliche Verfolgung von Josef Stanek und andere Februarkämpfer in der Steiermark, in: Stadler Karl R. (Hg.), Sozialistenprozesse. Politische Justiz in Österreich 1870-1936, Wien-München-Zürich 1986, 353 ff.
- Kykal Inez /Karl Stadler, Richard Bernaschek. Odysee eines Rebellen, Wien 1976
- Leser Norbert, 12 Thesen zum 12. Februar 1934, in: Ludwig Jedlicka/Rudolf Neck (Hg.), Das Jahr 1934: 12. Februar. Protokoll des Symposiums in Wien am 5. Februar 1974, Wien 1975, 58-64
- Leser Norbert, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, Wien-Frankfurt-Zürich 1968
- Maimann Helene /Siegfried Matzl (Hg.), Die Kälte des Februar. Österreich 1933-1938. Wien 1984
- Neck Rudolf, Koloman Wallisch vor dem Standgericht, in: Siedlung, Macht und Wirtschaft. FS Fritz Posch zum 70. Geburtstag. Hg. v. Gerhard Pferschy, Graz 1981, 455-464
- Pauley Bruce F., Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Der Steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalsozialismus 1918-1934, Wien-München-Zürich 1972.
- Soós Katalin, Koloman Wallisch. Eine politische Biographie, Wien-Zürich 1990 (=Materialien zur Arbeiterbewegung.57)

- Stadler Karl R., Opfer verlorener Zeiten. Geschichte der Schutzbundemigration 1934, Wien 1974
- Staudinger Eduard G., Der 12. Februar 1934 in Graz, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 14, Graz 1984, 110f.
- Staudinger Eduard G., Der Republikanische Schutzbund in Graz 1923-1933, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 13(1982)
- West Franz, Die Linke im Ständestaat Österreich. Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten 1934-1938, Wien-München-Zürich 1978